



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE GESELLSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN POLEN UND DER UKRAINE

- | | | |
|---|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Der Blick der Polen und der Ukrainer über ihre gemeinsame Grenze hinweg | | 2 |
| Łukasz Wenerski, Warschau | | |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | | |
| Gegenseitige Wahrnehmungen | | 7 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| 4. – 17. März 2014 | | 14 |

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Der Blick der Polen und der Ukrainer über ihre gemeinsame Grenze hinweg

Lukasz Wenerski, Warschau

Zusammenfassung

Seit den ersten Tagen der Proteste in der Ukraine haben sich polnische Politiker, Medien und gewöhnliche Bürger zugunsten einer friedlichen Lösung des Konflikts beim östlichen Nachbarn engagiert. Die polnischen Reaktionen auf die Situation in der Ukraine gehen jedoch weit über die Aktivitäten der politischen Verantwortlichen oder die Berichterstattung der Medien hinaus. Eine Antwort auf die Rechtsbeugung beim östlichen Nachbarn waren und sind Hunderte Aktionen von Bürgern und Nichtregierungsorganisationen, die mit den prodemokratischen Aktionen der Ukrainer sympathisieren. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was die polnische und die ukrainische Gesellschaft verbindet, wie sie sich wahrnehmen und welchen Platz sie für einander in Europa sehen. Diesen Fragen ging das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Institut Spraw Publicznych – ISP*) in repräsentativen Befragungen von Polen und Ukrainern im Juli und August 2013 nach. Danach können die Beziehungen als gut bezeichnet werden, was aber starke Divergenzen bei der Beurteilung von tragischen Ereignissen in der gemeinsamen Geschichte nicht ausschließt. Die aktive Rolle Polens als Fürsprecher der Ukraine in der EU wird in der Ukraine positiv bewertet. Dagegen ist die Einschätzung des polnischen Einflusses auf das Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland einerseits und den USA andererseits deutlich zurückhaltender.

Seit den ersten Tagen der Proteste in der Ukraine haben sich die politischen Verantwortlichen Polens, die Medien und Bürger zugunsten der Lösung des Konflikts beim östlichen Nachbarn engagiert. Polnische Politiker unterschiedlicher Couleur waren wiederholt auf dem Majdan in Kiew anwesend, und der polnische Außenminister Radosław Sikorski begleitete zusammen mit seinem deutschen und seinem französischen Kollegen, Frank-Walter Steinmeier und Laurent Fabius, die Erarbeitung und Unterzeichnung der Kompromissvereinbarung zwischen der ukrainischen Opposition und Staatspräsident Viktor Janukowitsch am 21. Februar 2014. Polnische Journalisten berichteten live vom Majdan und die Nachrichtensendungen widmeten viele Tage lang einen wesentlichen Teil ihrer Sendezeit den Ereignissen in der Ukraine. Die polnischen Reaktionen auf die Situation in der Ukraine gehen jedoch weit über die Aktivitäten der Politiker oder die Berichterstattung der Medien hinaus. Eine Antwort auf die Rechtsbeugung beim östlichen Nachbarn waren und sind Hunderte Aktionen von gewöhnlichen Bürgern und Nichtregierungsorganisationen, die mit den prodemokratischen Aktionen der Ukrainer sympathisieren. Daher stellt sich die Frage, was die polnische und die ukrainische Gesellschaft verbindet, wie sie sich wahrnehmen und welchen Platz sie für einander in Europa sehen. Diese Fragen stellte das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Institut Spraw Publicznych – ISP*) im Rahmen einer Umfrage im Juli und August 2013 einer repräsentativen Gruppe von Polen und Ukrainern. Nach den Umfragen in den Jahren 2000 und 2010 war dies die dritte Untersuchung dieser Art.

»Zwei minus« für die bilateralen Beziehungen

Über 20 Jahre lang blieb die Ukraine im Verhältnis zu Polen die »jüngere Schwester«, die »Schülerin«, die ihre Hausaufgaben nicht besonders gut macht, was sowohl Frustrationen bei den politischen Eliten Polens, die sich für die polnisch-ukrainischen Beziehungen engagierten, hervorrief als auch eine gewisse Enttäuschung in der polnischen Gesellschaft. Im Bereich der bilateralen Beziehungen stießen hier zwei Konzepte aufeinander. Das eine forderte, dass sich Polen teilweise aus der Rolle des Anwalts der Ukraine zurückziehen sollte, da bisher kein einziger wichtiger Erfolg zu verzeichnen gewesen sei. Das andere wies darauf hin, dass jedwede Reduzierung des Engagements als Verrat an der Ukraine aufgefasst werden könne, da sich der ukrainische Staat dann in einem noch größeren Chaos verstricken würde.

Einige Monate vor Ausbruch der Proteste in der Ukraine gestalteten sich die Beziehungen zwischen dem polnischen »Lehrer« und dem ukrainischen »Schüler« sowohl nach Meinung von Polen als auch von Ukrainern gut, so das Urteil von 85 Prozent der vom *ISP* befragten Ukrainer und 65 Prozent der Polen (s. Grafik 1 auf S. 7). Der Vergleich dieser Ergebnisse aus dem Jahr 2013 mit denen aus dem Jahr 2000 zeigt allerdings, dass sich der Anteil der negativen Bewertung der polnisch-ukrainischen Beziehungen auf Seiten der befragten Polen vergrößert hat. Im Jahr 2000 bezeichneten 13 Prozent der Einwohner Polens die Beziehungen als »eher schlecht«, 1 Prozent als »sehr schlecht«. 13 Jahre später stieg die Häufigkeit auf 29 bzw. 2 Prozent. Ein solcher Anstieg der negativen Bewertung war sicherlich der Enttäuschung geschuldet, dass sich die mit

der »orangenen Revolution« verbundenen Hoffnungen aufgelöst hatten. Auch die Sackgasse, in die die Bemühungen um Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der Europäischen Union geraten waren, sowie die immer ernsteren Probleme mit der Demokratie in der Ukraine, inklusive die Inhaftierung politischer Opponenten, dienten ganz bestimmt nicht dem Image der Ukraine in den Augen der Polen und einer positiven Wahrnehmung der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Eine größere Anzahl negativer Antworten tauchte auch auf ukrainischer Seite auf. Während in den Befragungen des *ISP* in den Jahren 2000 und 2010 4 bzw. 3 Prozent angaben, dass die bilateralen Beziehungen nicht gut seien, stieg dieser Anteil im Jahr 2013 auf 10 Prozent. Sicherlich bestand diese Gruppe aus zwei gegensätzlichen Lagern von Unzufriedenen. Die Vertreter des einen sind der Ansicht, dass Polen mit allen Mitteln versucht, die Rolle des »Betreuers« und »älteren Bruders« der Ukrainer einzunehmen. Das andere dagegen meint, dass sich die Polen zu wenig für die Ukraine und ihre Interessen in Europa und weltweit einsetzen.

In beiden Ländern waren regionale Unterschiede bei der Bewertung der polnisch-ukrainischen Beziehungen festzustellen. Interessanterweise zeigten die Einwohner der Zentralukraine den größten Optimismus – 92 Prozent gaben den ukrainisch-polnischen Beziehungen eine gute Note. Ihnen folgte die westliche Region der Ukraine mit 88 Prozent positiver Bewertungen. In Polen sahen die regionalen Differenzierungen etwas anders aus: Am häufigsten beurteilten die Einwohner der von der Ukraine am weitesten entfernten Regionen, das heißt des polnischen Südwesten, die Beziehungen positiv, und zwar 74 Prozent. Der Durchschnittswert der positiven Urteile der Einwohner der Grenzregion zur Ukraine wich dagegen nicht vom Durchschnittswert der polnischen Gesellschaft ab, wobei da die Bewertung »sehr gut« fehlte. Die Befragten wählten die Antwort, die Beziehungen seien »eher gut«.

Die Ukraine ist für die Polen wichtig, Polen für die Ukraine eine Priorität

Das Engagement Polens für die Unterzeichnung des Assoziierungsvertrags zwischen der Ukraine und der Europäischen Union und die Erwartung vieler Ukrainer, dass Polen die Ukraine in einem für sie so wichtigen Moment nicht allein lassen würde, waren die Konsequenz dessen, dass die Einwohner beiderseits der Grenze den bilateralen Beziehungen großes Gewicht beimessen. Über 80 Prozent der polnischen Gesellschaft waren überzeugt, dass die beiderseitigen Beziehungen wesentlich sind, dabei gab fast ein Viertel der Befragten an, dass man sie als prioritär behandeln solle. Auf der anderen Seite bewertete die Hälfte der Ukrainer die Beziehungen

zu Polen als prioritär und ein weiteres Drittel betrachtete sie als wichtig (s. Grafik 2 auf S. 7).

Die Untersuchungen des *ISP* aus dem Jahr 2013 zeigen, dass in der Ukraine im Laufe weniger Jahre recht wichtige Veränderungen in der Wahrnehmung der Beziehungen zu Polen eingetreten sind. Die Bedeutung dieser Beziehungen stieg in den Augen der Ukrainer im Vergleich zu der Zeit, als ähnliche Untersuchungen durchgeführt worden waren, vehement an. Im Jahr 2010 hielten nur 22 Prozent der Ukrainer die Beziehungen für prioritär – im Vergleich zu den 50 Prozent im Jahr 2013. Diese Ergebnisse zeigen u. a., dass viele Ukrainer das Engagement Polens für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens wertschätzten und die Popularität der Westintegration in den letzten Jahren in der Ukraine deutlich anstieg. Neben dem positiven Bild des Westens als attraktiver Lebensort war hier auch die aggressive Politik Russlands von Bedeutung, das sich mit allen Mitteln bemühte, die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU zu verhindern. Die Antwort der Ukrainer auf diese Politik war das wachsende Interesse an internationalen Angelegenheiten, verbunden mit der zunehmenden Unterstützung für die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union.

Die Meinungen zu internationalen Themen sind in der Ukraine regional sehr unterschiedlich (s. Grafik 9 auf S. 10). Auch bei der Bewertung der ukrainisch-polnischen Beziehungen werden diese Differenzierungen sichtbar. Der Westen der Ukraine schrieb den Beziehungen zu Polen ein deutlich größeres Gewicht zu als der Osten, was nicht weiter verwunderlich ist. Gleichzeitig betrachteten die Bewohner der Süd- und Ostukraine die Beziehungen zu Polen meistens als wenig oder überhaupt nicht wichtig – so 16 bzw. 13 Prozent der Einwohner dieser Regionen im Vergleich zu 5 Prozent der Einwohner der Westukraine. Allerdings muss hier hervorgehoben werden, dass unabhängig von den regionalen Unterschieden die Meinungen, dass die Beziehungen zu Polen wesentliches Gewicht haben, durchgängig weiter verbreitet waren als die gegenteilige Ansicht.

In Polen dagegen stellte sich die geographische Aufteilung der Meinungen zur Bedeutung der Beziehungen zur Ukraine als recht paradox dar. Als prioritär bezeichneten sie meistens die Bewohner der südwestlichen Region (27 Prozent) sowie der nordöstlichen Region (30 Prozent), während die Einwohner des unmittelbar an die Ukraine angrenzenden Gebietes diese Bewertung am seltensten teilten (19 Prozent).

Unter den polnischen Respondenten begünstigten Kontakte mit Ukrainern sowie Aufenthalte in der Ukraine, dass die Beziehungen als prioritär bewertet wurden; dieses Urteil äußerten 27 Prozent der Befrag-

ten, die die Ukraine kannten oder direkte Kontakte mit ihren Einwohnern hatten, im Vergleich zu 22 Prozent derjenigen, die solche Kontakte nicht hatten. Bei den Ukrainern vergrößerten die Kontakte mit Polen und den Polen noch deutlicher den Anteil derer, die den Beziehungen zu Polen höchste Priorität zumaßen. Dies fanden 65 Prozent derer, die in Polen gewesen waren, im Vergleich zu 48 Prozent, die noch nicht in Polen gewesen waren, sowie 57 Prozent derjenigen, die Kontakte mit Polen hatten zu 48 Prozent, die solche Kontakte nicht hatten.

Polen als Fürsprecher

Polen bemühte sich in den letzten Jahren, für die Ukraine nicht nur »Lehrer« zu sein, sondern auch »Anwalt« vor der Europäischen Union. Dies äußerte sich im deutlichen Engagement Polens für den Europäisierungsprozess der Ukraine, was bedeutete, einerseits die Ukraine näher an die EU heranzuführen und andererseits die EU-Mitgliedsländer zu sensibilisieren. Die Untersuchungen des *ISP* haben überprüft, wie die Rolle des polnischen »Anwalts« von den Ukrainern und von den Polen selbst wahrgenommen wurde. Darüber hinaus wurde auch die Rolle Polens beim Aufbau von Beziehungen zwischen der Ukraine und anderen großen Akteuren auf der internationalen Bühne angesprochen. Die Respondenten beider Länder wurden um Antwort gebeten, ob Polen bei der Intensivierung der Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union, Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika hilft oder schadet. Es stellte sich heraus, dass die polnischen und die ukrainischen Bewertungen dieser Frage recht ähnlich sind. Nach Meinung der Befragten trat Polen als Fürsprecher der Ukraine in der Europäischen Union auf, während seine Rolle beim Aufbau der Beziehungen zu den beiden anderen politischen Größen mit internationaler Bedeutung deutlich begrenzter ist (s. Grafik 3 auf S. 7).

Was die positive Rolle beim Aufbau guter Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU betrifft, erwiesen sich die Antworten der Polen und der Ukrainer als recht ähnlich. Allerdings glaubten die Polen stärker an den positiven Einfluss Polens auf die Beziehung Ukraine – EU; diese Meinung teilten 57 Prozent der Polen und 51 Prozent der Ukrainer (s. Grafik 4 auf S. 8).

Diese Ergebnisse zeigen, wie wichtig sowohl in den Augen der Polen als auch der Ukrainer die Rolle Polens bei der Entwicklung eines Bewusstseins für die Situation in der Ukraine in den anderen EU-Mitgliedsländern ist. Die Polen engagierten sich aktiv für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. Nach dem Fiasko dieses Vorhabens und dem einsetzenden Widerstand gegen die ukrainische Regierung engagierte sich Polen mit noch größerer Bestimmtheit zum einen

um die Lösung des Konflikts, zum anderen aber auch um die Internationalisierung der ukrainischen Krise. Sowohl Politiker als auch gewöhnliche Bürger wurden mit dem Ziel aktiv, anderen Staaten und Bürgern der EU bewusst zu machen, was sich tatsächlich auf dem Majdan in Kiew und in anderen Städten der Ukraine ereignete.

Kontakte und Fahrten ins Nachbarland förderten sowohl bei den Polen als auch bei den Ukrainern eine positivere Bewertung der Rolle Polens für die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU. Allerdings war dieser Zusammenhang bei den Ukrainern deutlicher ausgeprägt. Dabei ist ein Zusammenhang zwischen den Meinungen und dem Wohnort festzustellen. Die größten Unterschiede traten zwischen den Meinungen der Bewohner der Westukraine und der Süd- und Ostukraine auf: 66 Prozent der Westukrainer meinten, dass Polen bei der Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EU hilft, gegenüber nur 42 Prozent der Bewohner der Süd- und Ostukraine. Dagegen waren sowohl Polen als auch Ukrainer der Ansicht, dass Polen wenig hilfreich beim Aufbau der Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland ist (s. Grafik 5 auf S. 8). Die Mehrheit der Polen und der Ukrainer fand, dass Polen keine allzu wichtige Rolle in diesen Beziehungen spielt. Über die Hälfte der Befragten in beiden Ländern wählte für die Anknüpfung einer engeren Zusammenarbeit mit Russland die Antwort »weder hilfreich noch störend«. Interessant ist hier, dass mehr Polen als Ukrainer meinten, dass Polen einer Intensivierung der ukrainisch-russischen Beziehungen eher hinderlich ist.

Die Kontakte mit den Nachbarn oder Fahrten in das andere Land hatten keinen Einfluss auf die Beurteilung der Rolle Polens beim Ausbau der Zusammenarbeit mit der Ukraine. Der Wohnort hatte ebenfalls keine wesentliche Bedeutung, obgleich die Bewohner des Ostens und des Nordens der Ukraine am wenigsten angaben, dass Polen beim Ausbau hilft (9 bzw. 8 Prozent im Vergleich zu 14 Prozent unter den Respondenten der Südukraine und 12 Prozent der Respondenten im Westen).

Sowohl Ukrainer als auch Polen schätzten auch die Rolle Polens beim Aufbau guter Beziehungen zwischen der Ukraine und den USA als weniger wichtig ein als in Bezug auf die Beziehungen zur EU (Grafik 6 auf S. 8). Obgleich zweimal so viele Befragte in beiden Ländern der Meinung waren, dass Polen hilft, gute Beziehungen zu den USA aufzubauen, als bei der entsprechenden Frage in Bezug auf Russland, war dennoch die Mehrheit überzeugt, dass Polen keinen Einfluss auf diese Beziehungen hat. Die Ukrainer fanden deutlich häufiger, dass Polen eine positive Rolle in diesen Beziehungen spielt, aber ebenso häufig hatten sie keine Meinung in dieser Frage.

Betrachtet man die regionalen Unterschiede, gaben die Einwohner der westlichen Gebiete der Ukraine der

Rolle Polens mehr Gewicht (31 Prozent) als die Bewohner der Regionen im Osten (22 Prozent), Süden (22 Prozent) und Norden (21 Prozent) der Ukraine.

Ist die Geschichte von Bedeutung?

Die gegenwärtigen polnisch-ukrainischen Beziehungen, das Engagement Polens in Sachen »Östliche Partnerschaft«, zu der die Ukraine gehört, die Unterstützung der Annäherung der Ukraine an die Europäische Union sowie der aktive Anteil Polens an der friedlichen Lösung des aktuellen Konflikts in der Ukraine lassen Hoffnung schöpfen, dass sich die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine hervorragend weiterentwickeln werden, sobald sich die Situation beruhigt haben wird, und die bilateralen Beziehungen für beide Staaten Priorität haben werden. Allerdings ist für den Aufbau langfristiger Beziehungen nicht nur der Blick in die Zukunft notwendig, sondern auch Bemühungen, die gemeinsame Geschichte zu verarbeiten, in der Polen und Ukrainer viele schwierige Momente erlebt haben. Beide Nationen lebten über viele Jahrzehnte in einem gemeinsamen Staat, wobei ein Teil der heutigen Ukraine sowohl zur Ersten als auch zur Zweiten Polnischen Republik gehörte, was allerdings nicht bedeutet, dass dies die Koexistenz immer erleichterte, was der Chmelnyckyj-Aufstand¹ zeigt. Eine besondere Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Nationen brachten der Zweite Weltkrieg und seine Folgen mit sich – bis heute wecken das »Massaker von Wolhynien«² und die »Aktion Weichsel«³ viele Kontroversen. Da es aber auch in den polnisch-deutschen Beziehungen gelungen ist, komplizierte Fragen der gemeinsamen Vergangenheit zu klären, zeitigt der gute Wille in den polnisch-ukrainischen Beziehungen möglicherweise ähnliche Wirkungen.

Dass bestimmte historische Ereignisse immer noch problematisch sind, zeigen die Fragen danach, ob Polen und die Polen bzw. die Ukraine und die Ukrainer den

anderen um Vergebung bitten sollten (s. Grafik 7 auf S. 9). Bei den Antworten werden deutliche Kontraste sichtbar. Über 70 Prozent der Polen und 40 Prozent der Ukrainer meinten, dass es in der polnisch-ukrainischen Geschichte Ereignisse gab, derentwegen sich die Ukrainer gegenüber den Polen schuldig fühlen sollten. Die Beurteilungen, ob die Polen Schuld gegenüber den Ukrainern tragen, verteilen sich dagegen in beiden Gesellschaften sehr ähnlich (50 bzw. 52 Prozent). Im Allgemeinen tragen nach Meinung der Polen häufiger die Ukrainer Schuld und nach Überzeugung der Ukrainer die Polen – was nicht überraschend ist, wobei vor allem die Ukrainer deutlich häufiger als die Polen keine Meinung zur Frage von Unrecht und Schuld auf beiden Seiten hatten. Sie sahen auch häufiger auf keiner der beiden Seiten Schuld (Grafik 8 auf S. 9). Die Polen wiederum sahen deutlich häufiger die Schuld auf beiden Seiten. Diejenigen, die Schuld nur auf einer Seite feststellten, waren im Allgemeinen der Ansicht, dass die anderen sie zu tragen hatten – so dachten die Polen über die Ukrainer und die Ukrainer über die Polen.

Einer der wichtigen Faktoren, der die Antworten der Respondenten unterschied, war das Bildungsniveau. Je höher es war, desto häufiger wurde die Überzeugung geäußert, dass man sich in einer Schuld- und Unrechtsgemeinschaft befindet.

Das Alter der Befragten hatte ebenfalls deutlich Einfluss auf die Ausdifferenzierung der Antworten. Die Meinung, dass sowohl die Polen gegenüber den Ukrainern eine historische Schuld tragen und umgekehrt die Ukrainer gegenüber den Polen, war in beiden Ländern stärker unter den älteren Respondenten verbreitet. Wichtig ist dabei, dass sie nicht nur häufiger von der Schuld der Nachbarn gegenüber der eigenen Gesellschaft überzeugt waren, sondern sie auch eine ausgewogenere Perspektive einnahmen und Schuld auf beiden Seiten wahrnahmen. Je jünger die Befragten, desto seltener waren sie bereit, an die historische Schuld zu erinnern.

Des Weiteren muss unterstrichen werden, dass die Ukrainer, die schon in Polen gewesen waren bzw. Kontakte nach Polen hatten, eine größere Offenheit bei der Wahrnehmung des Nachbarn erkennen ließen. Deutlich häufiger waren sie der Meinung, dass die Schuld auf beiden Seiten liegt. Eine ähnliche Tendenz war in Polen festzustellen.

Zwar betraf die Frage nach der historischen Schuld nicht direkt das sogenannte Massaker von Wolhynien, aber es ist anzunehmen, dass ein deutlicher Teil der polnischen Respondenten an dieses historische Ereignis dachte. Darauf weisen die Ergebnisse der Frage hin, bei der Polen und Ukrainer gebeten wurden, die wichtigsten Assoziationen zum Nachbarland anzuführen. 11 Prozent aller Assoziationen betrafen das Wolhynien-

1 Aufstand Saporoger Kosaken und ruthenischer Bauern unter der Führung des kosakischen Hetmans Bohdan Chmelnyckyj gegen die polnischen Magnaten und die polnische Schlacht (1648–1657).

2 Das Massaker von Wolhynien (Februar 1943–Februar 1944) wurde von ukrainischen Nationalisten an der polnischen Minderheit in der ehemaligen Woiwodschaft Wolhynien der Zweiten Polnischen Republik während der Besetzung der Gebiete der Zweiten Polnischen Republik durch das »Dritte Reich« verübt. Eine genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt; Historiker schätzen, dass zirka 50.000–60.000 Polen und als Vergeltungsakt 2.000–3.000 Ukrainer getötet wurden.

3 Militäraktion, die gegen die Ukrainische Aufstandsarmee und die Organisation Ukrainischer Nationalisten gerichtet war, und Zwangsumsiedlung ausgewählter Volksgruppen (u. a. Ukrainer, Bojken, Lemken) sowie polnisch-ukrainischer Familien v. a. aus den Gebieten im Südosten Polens im Jahr 1947.

Massaker, was fast die Hälfte (44 Prozent) der historischen Assoziationen konstituierte. Dies ergab sich vor allem daraus, dass die Befragung um den 70. Jahrestag der Tragödie von Wolhynien durchgeführt wurde, gleich nach der Debatte im polnischen Sejm, in der über die Resolution zum Gedenken dieses Ereignisses diskutiert worden war. Ein Teil der Politiker hatte gefordert, eine Formulierung in die Resolution aufzunehmen, die vom Völkermord an den Polen durch das ukrainische Volk spricht. Die Medien widmeten sowohl der Debatte im Sejm als auch den Gedenkfeierlichkeiten viel Aufmerksamkeit, wobei sich die Beiträge eher einseitig auf die Ereignisse in Wolhynien konzentrierten und Konflikte in anderen Regionen außer Acht ließen und nicht den Versuch unternahmten, den breiteren Kontext der tragischen Ereignisse zu beleuchten. Offensichtlich übte diese Botschaft Wirkung auf die polnischen Assoziationen zur Ukraine aus.

Die hier dargestellten Ergebnisse sollten zu den Umfrageergebnissen des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom Juli 2013 in Beziehung gestellt werden, die die Meinung der Polen wiedergaben, ob die Möglichkeit der Versöhnung zwischen Ukrainern und Polen

bestünde. Nur ein Drittel der Polen war bereit, die historische Schuld zugunsten des Aufbaus gutnachbarlicher Beziehungen zu vergessen, während die Mehrheit der Gesellschaft (58 Prozent) der Meinung war, dass man anstreben sollte, die ganze Wahrheit über die tragischen Ereignisse von Wolhynien zu enthüllen, und sich dabei nicht vor den Konsequenzen für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern fürchten sollte. Wenn man in Betracht zieht, dass ein Fünftel der polnischen Gesellschaft davon überzeugt ist, dass die Schuld allein auf ukrainischer Seite liegt, stimmt dies nicht gerade optimistisch, dass die polnisch-ukrainische Versöhnung ohne eine gründliche Debatte möglich ist, die nicht nur die Ereignisse in Wolhynien in den Jahren 1943/44, sondern auch den breiteren historischen und geographischen Kontext thematisiert. Hoffen wir, dass die, die an der Debatte teilnehmen, bereits die Vertreter einer demokratischen Ukraine sein werden, die die Pathologien der vergangenen 20 Jahre der unabhängigen Ukraine bekämpfen und die Ukraine schnellen Schrittes an die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Standards der Europäischen Union annähern werden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Anmerkung

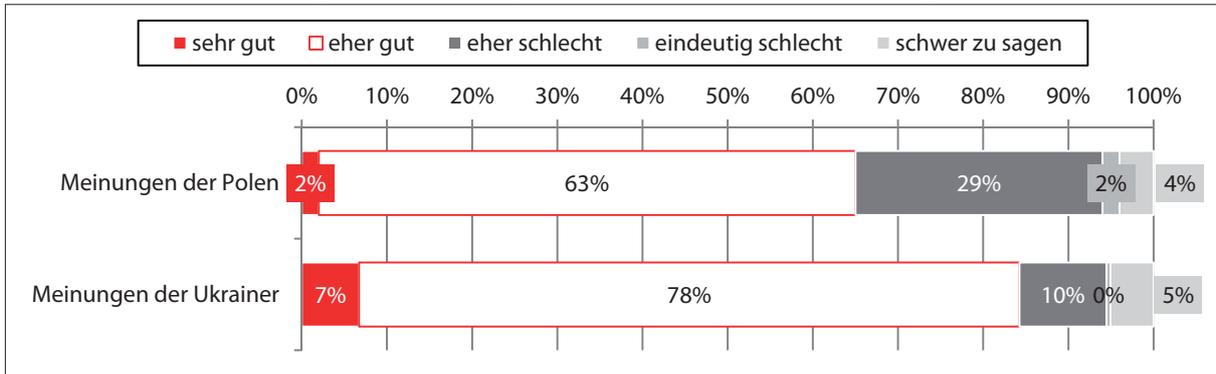
Die Untersuchung wurde in Polen und in der Ukraine in Form von Telefoninterviews von der Firma GfK durchgeführt. Die Probe umfasste 1.000 Personen, wobei in der Ukraine zusätzlich 300 Einwohner der Westukraine befragt wurden, was genauere Schlüsse über die Einstellungen der Einwohner dieser Regionen zu ziehen erlaubte. Auf der Grundlage der Untersuchung wurde im Rahmen des Forschungsprojektes »Wizerunek Polski, Polaków na Ukrainie oraz Ukrainy, Ukraińców w Polsce« [Das Bild Polens und der Polen in der Ukraine sowie der Ukraine und der Ukrainer in Polen] der Bericht von J. Fomina, J. Konieczna – Sałamatin, J. Kucharczyk, Ł. Wenerski »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojrzenie przez granicę« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze], Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2013 erstellt. Der Bericht ist in polnischer und in ukrainischer Sprache veröffentlicht sowie als Zusammenfassung in englischer Sprache: <<http://www.isp.org.pl/site.php?id=25&pub=638&lang=2&lang=1>>

Über den Autor

Łukasz Wenerski ist Wissenschaftler und Projektkoordinator im »Europäischen Programm« des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau (Instytut Spraw Publicznych, Warszawa). Seine Forschungsgebiete sind die Ostpolitik der Europäischen Union, Russland, die Östliche Partnerschaft sowie die polnische Außen- und Europapolitik.

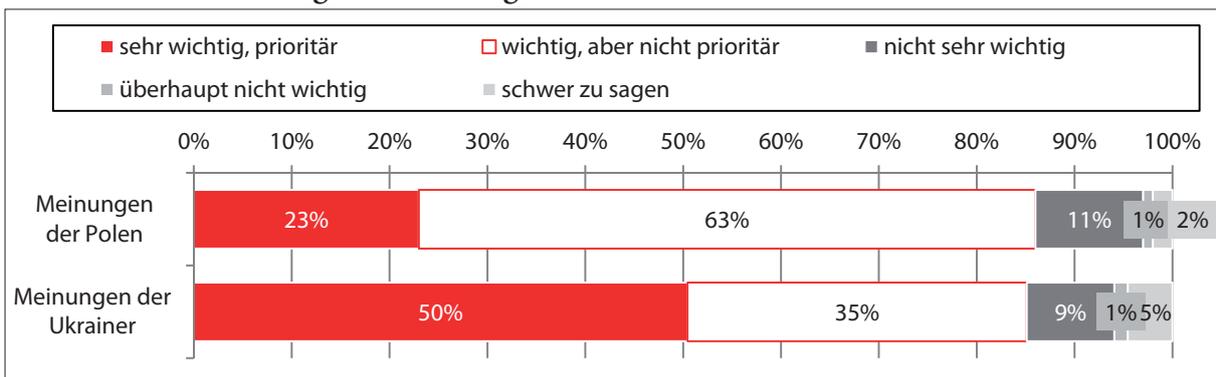
Gegenseitige Wahrnehmungen

Grafik 1: Die Bewertung der aktuellen polnisch-ukrainischen Beziehungen



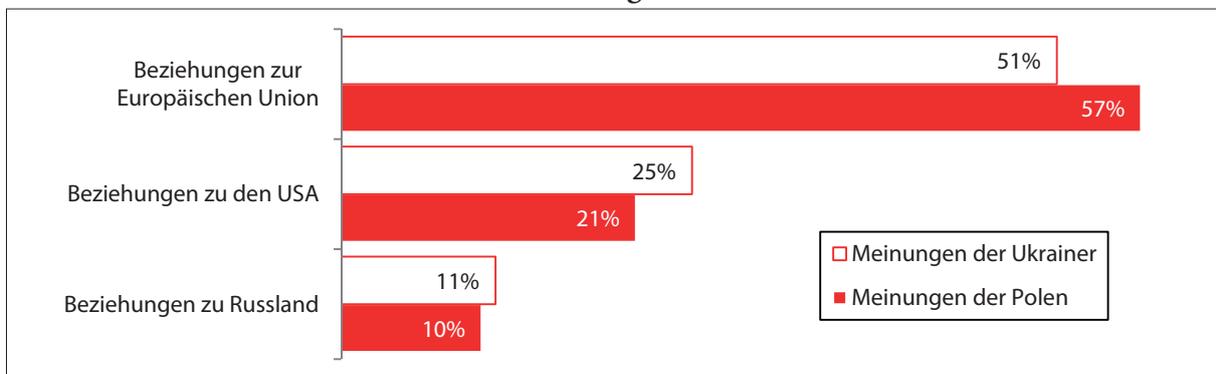
Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojzrenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 61.

Grafik 2: Die Bedeutung der Beziehungen zum Nachbarland



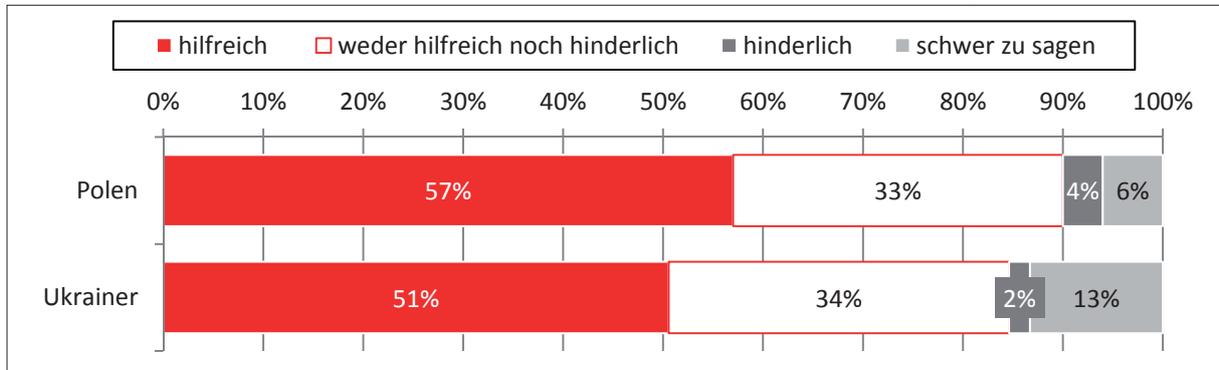
Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojzrenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 63.

Grafik 3: Polen hilft beim Aufbau von Beziehungen zu ...



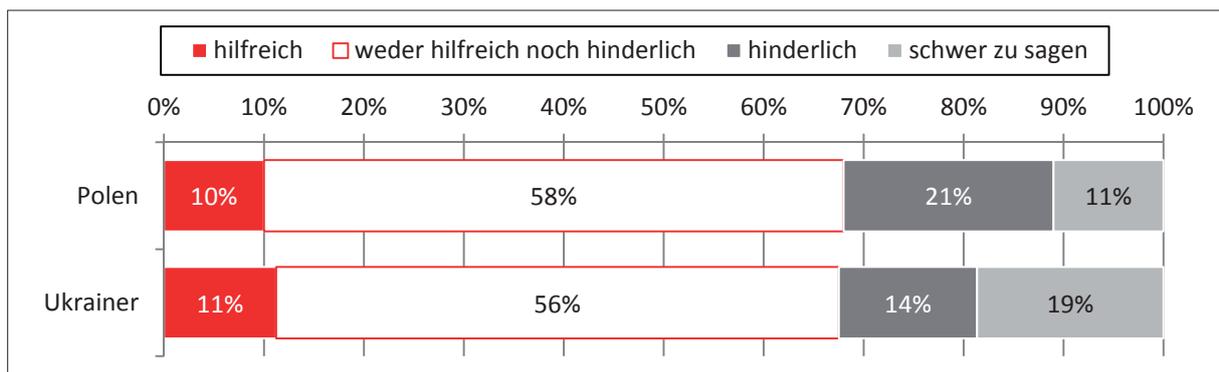
Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojzrenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 66.

Grafik 4: Die Rolle Polens beim Aufbau der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union



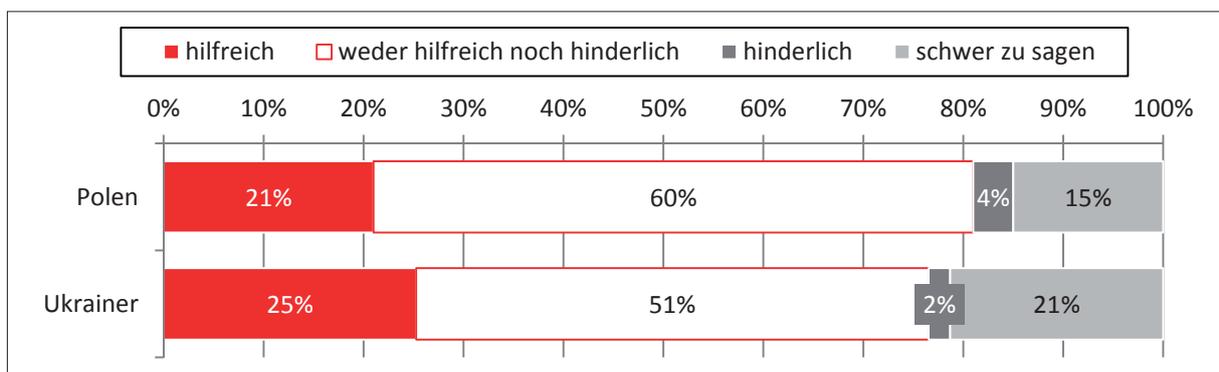
Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojzrzenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 67.

Grafik 5: Die Rolle Polens beim Aufbau der Zusammenarbeit mit Russland



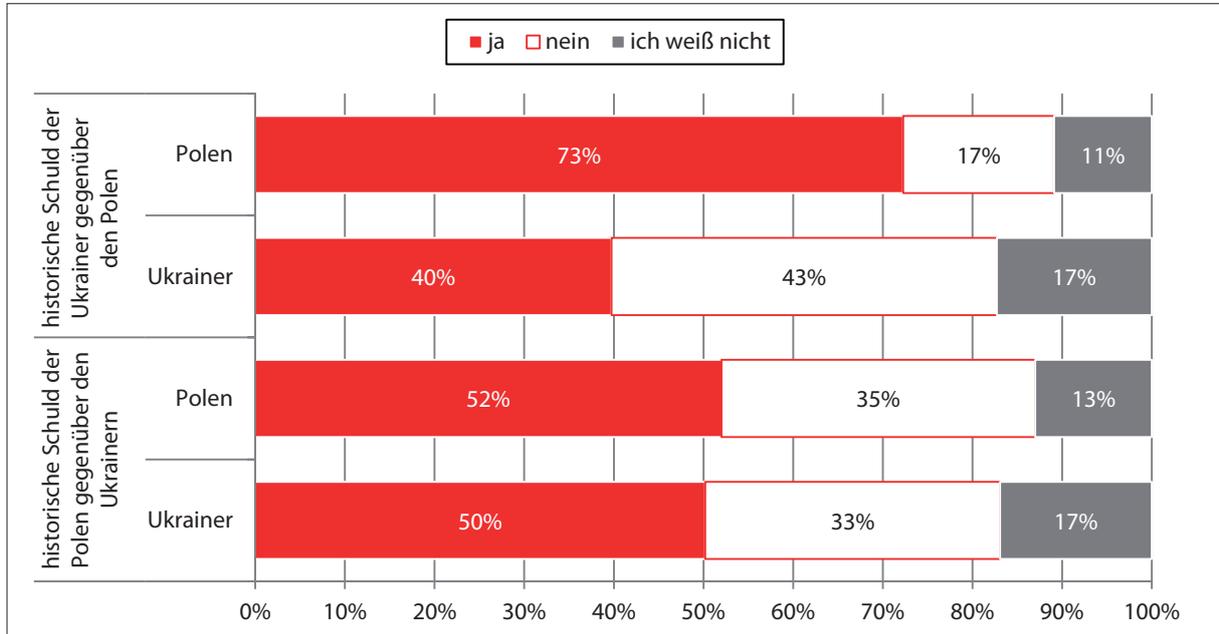
Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojzrzenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 66.

Grafik 6: Die Rolle Polens beim Aufbau der Zusammenarbeit mit den USA



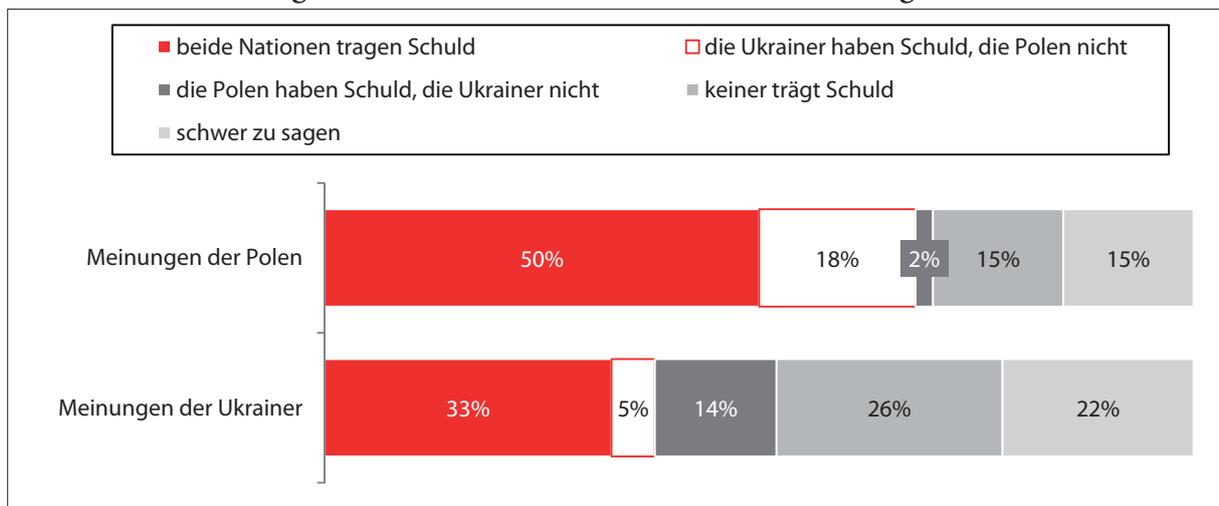
Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojzrzenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 68.

Grafik 7: Die Wahrnehmung der beiderseitigen historischen Schuld



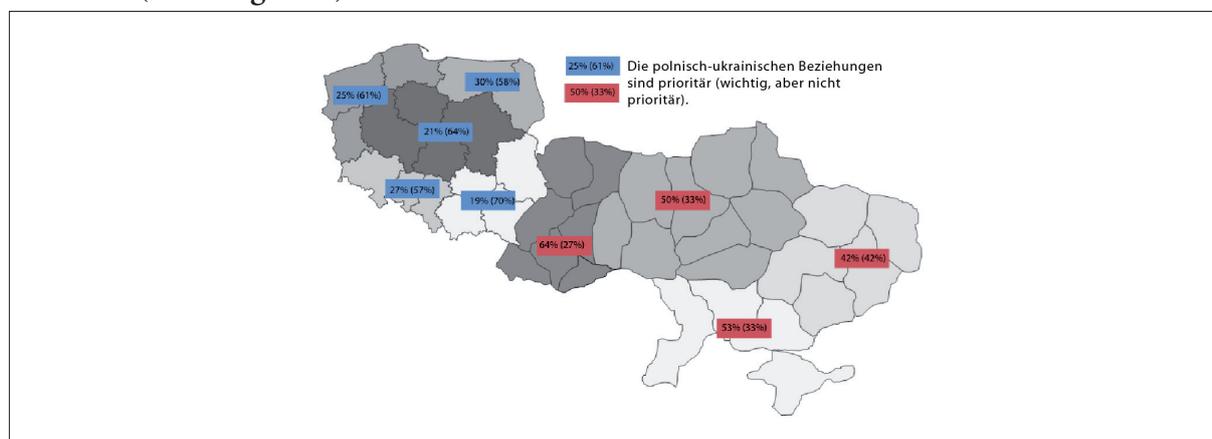
Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojrzenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 70.

Grafik 8: Die Meinungen der Ukrainer und der Polen über beiderseitige Schuld



Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojrzenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 70.

Grafik 9: Die Bewertung der polnisch-ukrainischen Beziehungen in Polen und der Ukraine (nach Regionen)



Quelle: Fomina, Joanna; Konieczna-Salamatin, Joanna; Kucharczyk, Jacek; Wenerski, Lukasz: »Polska – Ukraina, Polacy – Ukraińcy. Spojrzenie przez granice« [Polen – Ukraine, Polen – Ukrainer. Der Blick über die Grenze]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2013. S. 64.

Tabelle 1: Polen: Veränderungen der Sympathie gegenüber einzelnen Nationen (%)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2010	2011	2012	2013	2014
Amerikaner	50	58	56	45	46	49	44	47	45	43	51	43	41
Belarussen	26	26	22	21	18	23	27	34	34	31	33	30	29
Bulgaren	25	26	24	22	19	24	29	35	37	33	38	32	31
Chinesen	22	26	22	20	16	18	22	31	29	31	32	27	25
Deutsche	32	38	36	33	34	33	30	38	39	38	43	38	39
Engländer	44	51	49	46	50	50	53		50	44	54	47	43
Franzosen	55	51	48	45	43	48	52	49	51	45	53	41	44
Griechen	43	44	45	44	41	47	49	46	47	43	40	35	37
Italiener	54	54	53	50	52	52	51	54	52	47	55	46	48
Litauer	36	38	36	38	32	36	38	41	42	36	40	32	34
Österreicher	37	40	36	31	30	36	36	43	43	39	48	40	39
Rumänen	15	15	15	14	12	16	16	25	26	24	26	21	21
Russen	23	24	22	18	16	22	24	30	34	32	34	31	25
Slowaken	42	42	43	41	36	44	48	51	51	49	57	48	47
Tschechen	47	50	50	49	46	52	53	53	53	51	58	51	50
Ukrainer	19	22	19	29	23	24	25	34	34	32	32	31	34
Ungarn	47	48	45	43	39	45	45	48	49	46	52	42	43

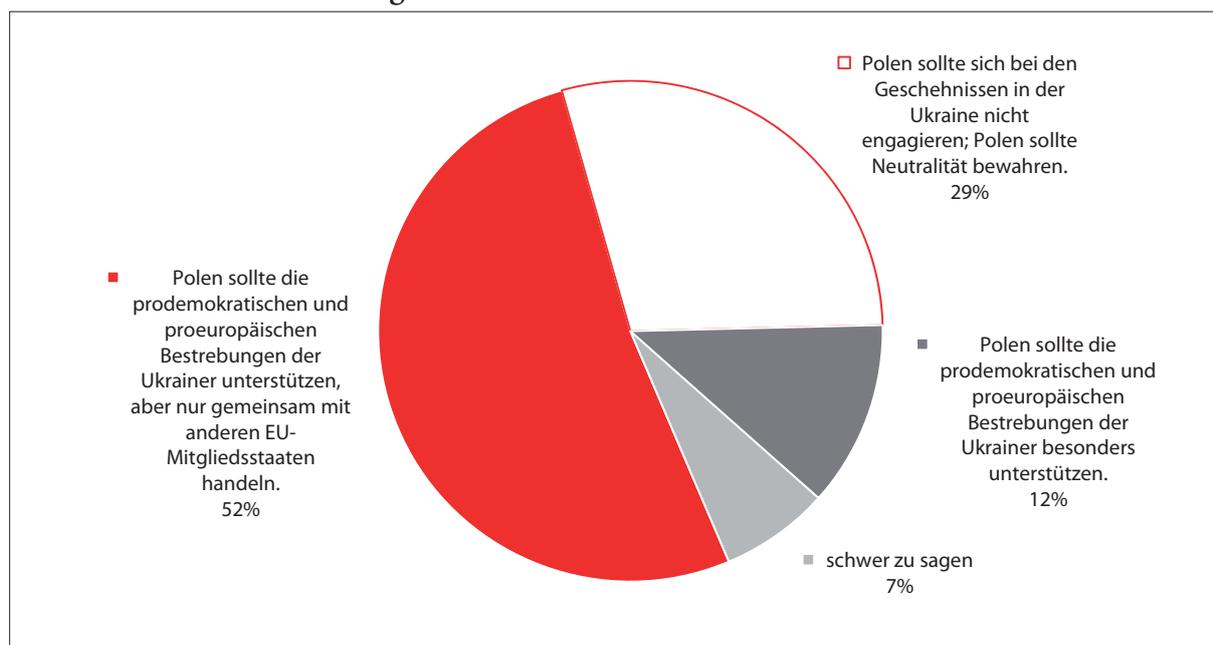
Quelle: CBOS Nr. 20/2014: Stosunek Polaków do innych narodów [Haltung der Polen gegenüber anderen Nationen]. Warszawa 02/2014. <www.cbos.pl>

Tabelle 2: Polen: Veränderungen der Antipathie gegenüber einzelnen Nationen (%)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2010	2011	2012	2013	2014
Amerikaner	14	12	17	20	24	16	21	18	16	19	16	21	21
Belarussen	40	36	44	37	51	39	34	26	23	26	26	31	31
Bulgaren	36	30	35	32	42	34	28	20	18	20	20	25	28
Chinesen	35	32	39	37	47	43	38	30	27	26	31	32	36
Deutsche	36	31	38	34	38	33	39	32	28	27	24	28	30
Engländer	18	15	19	17	19	15	14	15	12	16	15	15	20
Franzosen	9	12	19	19	25	16	14	15	10	14	13	17	18
Griechen	13	14	15	12	21	17	12	14	11	14	21	25	23
Italiener	8	10	12	11	15	14	13	12	10	13	11	15	15
Litauer	24	24	26	21	31	24	22	17	15	19	23	25	27
Österreicher	21	19	25	21	32	23	24	18	12	14	13	16	19
Rumänen	56	55	58	54	62	52	51	40	35	40	39	41	45
Russen	47	43	49	53	61	47	46	41	31	34	33	39	42
Slowaken	15	17	20	16	26	18	15	13	11	11	10	13	15
Tschechen	15	15	18	14	22	14	15	12	9	12	11	13	17
Ukrainer	49	48	51	34	50	42	39	31	29	33	32	33	33
Ungarn	15	14	19	13	25	18	16	13	10	12	13	16	17

Quelle: CBOS Nr. 20/2014: Stosunek Polaków do innych narodów [Haltung der Polen gegenüber anderen Nationen]. Warszawa 02/2014. <www.cbos.pl>

**Grafik 10: Wie sollte Polen sich Ihrer Meinung nach zum Geschehen in der Ukraine verhalten?
Welche der Meinungen ist Ihnen am nächsten?**



Quelle: CBOS Nr. 21/2014: Stosunek do protestów na Ukrainie [Die Haltung zu den Protesten in der Ukraine]. Warszawa 02/2014. <www.cbos.pl>

Tabelle 3: Wie sollte Polen sich Ihrer Meinung nach zum Geschehen in der Ukraine verhalten? Welche der Meinungen ist Ihnen am nächsten? (in %)

Interesse an Politik	Polen sollte die prodemokratischen und proeuropäischen Bestrebungen der Ukrainer besonders unterstützen.	Polen sollte die prodemokratischen und proeuropäischen Bestrebungen der Ukrainer unterstützen, aber nur gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedsstaaten handeln.	Polen sollte sich bei den Geschehnissen in der Ukraine nicht engagieren; Polen sollte Neutralität bewahren.	schwer zu sagen
großes	18	59	22	1
mittleres	12	61	24	3
geringes	11	48	32	9
kein Interesse	10	33	41	16

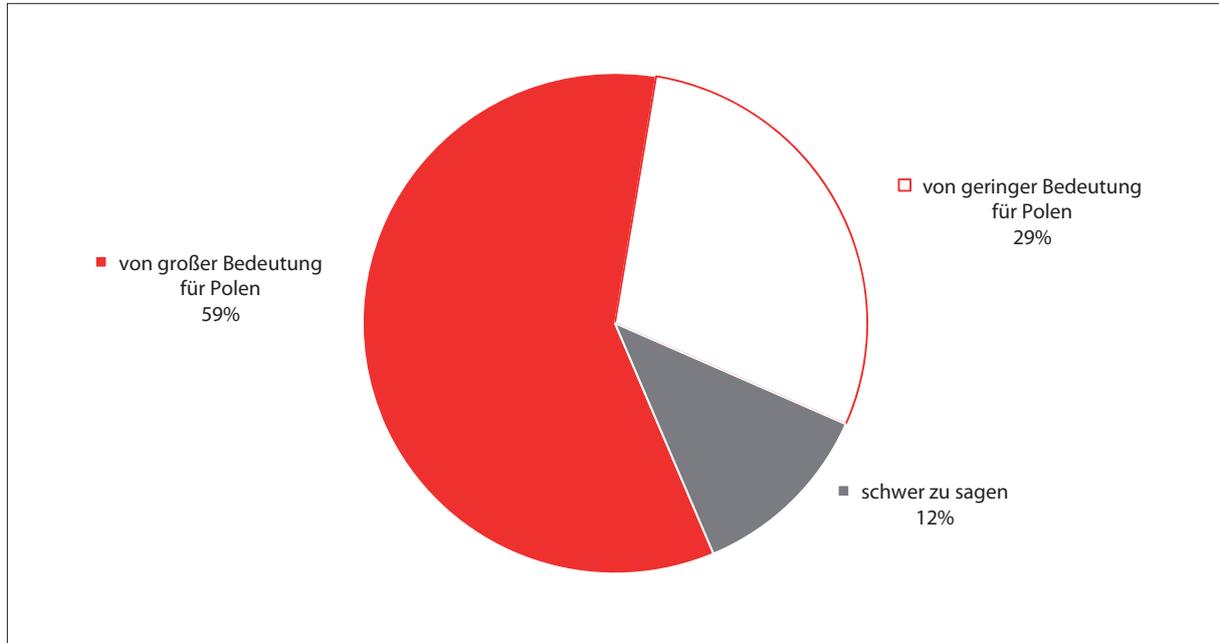
Quelle: CBOS Nr. 21/2014: *Stosunek do protestów na Ukrainie [Die Haltung zu den Protesten in der Ukraine]*. Warszawa 02/2014. <www.cbos.pl>

Tabelle 4: Wie sollte Polen sich Ihrer Meinung nach zum Geschehen in der Ukraine verhalten? Welche der Meinungen ist Ihnen am nächsten? (in %)

Der weitere Verlauf der Ereignisse in der Ukraine ist:	Polen sollte die prodemokratischen und proeuropäischen Bestrebungen der Ukrainer besonders unterstützen.	Polen sollte die prodemokratischen und proeuropäischen Bestrebungen der Ukrainer unterstützen, aber nur gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedsstaaten handeln.	Polen sollte sich bei den Geschehnissen in der Ukraine nicht engagieren; Polen sollte Neutralität bewahren.	schwer zu sagen
-von großer Bedeutung für Polen	15	60	22	3
-von geringer Bedeutung für Polen	7	48	42	3
schwer zu sagen	8	26	34	32

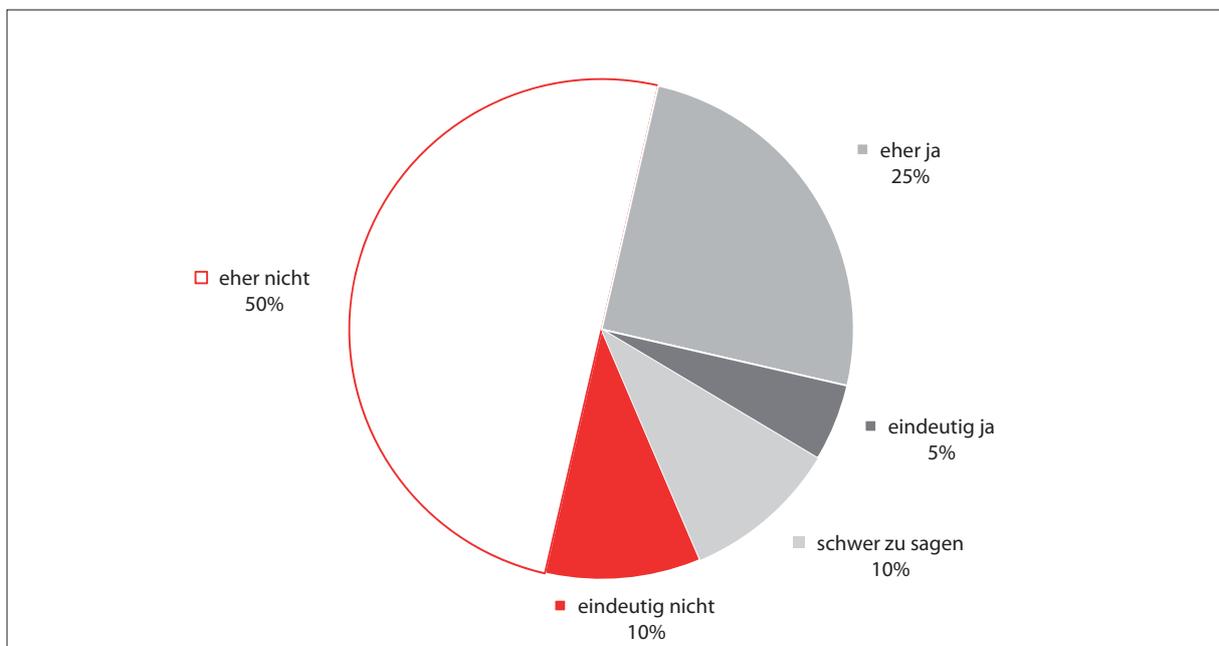
Quelle: CBOS Nr. 21/2014: *Stosunek do protestów na Ukrainie [Die Haltung zu den Protesten in der Ukraine]*. Warszawa 02/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 11: Ist der weitere Verlauf der Ereignisse in der Ukraine Ihrer Meinung nach:



Quelle: CBOS Nr. 22/2014: Polacy o rozwoju sytuacji na Ukrainie [Die Polen über die Entwicklung der Situation in der Ukraine]. Warszawa 02/2014. <www.cbos.pl>

Grafik 12: Stellt die Situation in der Ukraine Ihrer Meinung nach eine Bedrohung für die Sicherheit Polens dar oder nicht?



Quelle: CBOS Nr. 22/2014: Polacy o rozwoju sytuacji na Ukrainie [Die Polen über die Entwicklung der Situation in der Ukraine]. Warszawa 02/2014. <www.cbos.pl>

4. – 17. März 2014

04.03.2014	Auf Wunsch Polens beraten die Botschafter der NATO in Brüssel erneut über die Krise in der Ukraine. Polen beruft sich auf Artikel 4 des NATO-Vertrags, der Beratungen vorsieht, wenn ein Mitglied die Unversehrtheit des eigenen Territoriums bedroht sieht.
05.03.2014	Der Sejm verabschiedet per Akklamation einen Beschluss über die Solidarität Polens mit der Ukraine. Anwesend sind auch die Botschafter der Ukraine und der USA. Ministerpräsident Tusk bekräftigt, dass die Regierung unter dem Interimsministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk die einzige rechtskräftige Regierung der Ukraine sei. Auf dieser Grundlage sollten die Diskussionen über die Krise in der Ukraine geführt werden. Sollte die ukrainische Regierung die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU anstreben, werde Polen dies unterstützen. Polen müsse sich auf eine längerfristig instabile Lage in der Ukraine einstellen. Daher würden Maßnahmen getroffen, die ein schnelles Reagieren in kritischen Situationen ermöglichen.
06.03.2014	Landwirtschaftsminister Stanisław Kalemba teilt nach einem Treffen mit EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș mit, dass die polnischen Landwirte und Schweinezüchter, deren Schweine von der sogenannten Afrikanischen Schweinepest betroffen sind, eine Entschädigungszahlung erhalten werden. Diese wird zur Hälfte von der EU und von Polen getragen.
07.03.2014	Auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) in Dublin unterstreicht Ministerpräsident Donald Tusk angesichts der Krise in der Ukraine, dass der Umgang der Europäischen Union mit der Ukraine und der Ukraine-Politik Russlands die europäische Gemeinschaft neu definieren wird. Europa werde sich dann als starke politische Gemeinschaft erweisen, wenn es zeige, dass es gegenüber anderen Mächten tatsächlich souverän ist.
08.03.2014	Senatsmarschall Bogdan Borusewicz sagt den Besuch einer fünfköpfigen Senatsdelegation in Moskau ab. Die Gruppe sollte dort das VI. Regionalforum Polen-Russland mitvorbereiten.
08.03.2014	Das Generalkonsulat der Republik Polen in Sewastopol (Krim/Ukraine) wird aus Sicherheitsgründen evakuiert. Hintergrund ist die Krise zwischen der Ukraine und Russland, die zur erhöhten Präsenz des russischen Militärs auf der Krim geführt hat.
10.03.2014	Bei einem Besuch der Raketendivision der polnischen Kriegsmarine in Siemirowice (Woiwodschaft Pommern) aus Anlass der 15-jährigen Mitgliedschaft Polens in der NATO unterstreicht Ministerpräsident Donald Tusk, dass Polen die Pflicht habe, alle europäischen Länder aufzurufen, die aktuelle und zukünftige Lage hinter der EU-Ostgrenze sehr ernst zu nehmen. Die Sicherheit Europas sei abhängig von seinem Verteidigungspotential und erfordere außerdem Unabhängigkeit in Sachen Energie, Rohstoffe und Finanzen. Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine erfordern eine Korrektur der Energie- und Klimapolitik der EU.
11.03.2014	Die Regierung nimmt den Gesetzesentwurf über die Neuregulierung der Förderung von Schiefergas an. Der Entwurf sieht vor, dass erst im Jahr 2020 zwei weitere Abgaben von den abbauenden Firmen erhoben werden. Dass diese erst in sechs Jahren eingeführt werden, soll die konzessionierten Firmen zur zügigen Suche und einem Eintritt in die Förderphase animieren, so Ministerpräsident Donald Tusk. Des Weiteren soll die administrative Prozedur für die Suche und Förderung von Schiefergas erleichtert werden.
12.03.2014	Ministerpräsident Donald Tusk und Bundeskanzlerin Angela Merkel thematisieren in Warschau die Krise in der Ukraine. Deutschland und Polen sprächen sich dafür aus, dass der politische Teil des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine auf dem nächsten EU-Gipfel in Brüssel in der kommenden Woche unterzeichnet wird, so Merkel auf der Pressekonferenz. Tusk teilt mit, dass eine gemeinsame deutsch-polnische Initiative der Ukraine organisatorische Hilfe im Bereich Finanzen, dazu gehören Einleitung von Korrekturen des Finanzsystems und der effektive Einsatz der finanziellen Hilfen, zur Verfügung stellen wird.
12.03.2014	In einem Radiointerview unterstreicht Staatspräsident Bronisław Komorowski, dass Polen territoriale Veränderungen der Ukraine unter Missachtung des internationalen Rechtes sowie die Abtrennung der Krim von der Ukraine nicht akzeptiere. Der russische Präsident Wladimir Putin müsse sich überlegen, ob er eine weit gehende Isolierung Russlands durch den Westen riskieren wolle. Hintergrund ist der sich weiter verschärfende ukrainisch-russische Konflikt um die Halbinsel Krim
13.03.2014	In einem Telefonat sprechen sich Ministerpräsident Donald Tusk und der chinesische Ministerpräsidenten Li Keqiang für eine friedliche Lösung der Krise in der Ukraine und eine Deeskalation des Konflikts aus. Li Keqiang informiert Tusk über ein Telefonat des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin, in dem sich China für eine politische Lösung der Krise zwischen der Ukraine und Russland eingesetzt habe.

14.03.2014	Im Militärstützpunkt in Łask bei Lodz (Łódź) treffen weitere US-Militärflugzeuge zu einem gemeinsamen polnisch-US-amerikanischen Militärmanöver ein. Die Militärübung war ursprünglich für den Sommer anberaumt worden, inoffiziell wird die Vorverlegung jedoch mit der ukrainisch-russischen Konfrontation auf der Krim (Ukraine) begründet und als Signal an Russland verstanden.
16.04.2014	In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung »Corriere della Sera« weist Außenminister Radosław Sikorski darauf hin, dass Polen als Mitglied der NATO und der EU es nicht zulassen dürfe, dass die Krise zwischen der Ukraine und Russland für den russischen Präsidenten Wladimir Putin der Auftakt zu weiteren territorialen Beutezügen im Stil des 19. Jahrhunderts werde. Die NATO müsse zeigen, dass sie ihre Mitglieder verteidigt, die Reaktion der EU auf die Krimkrise werde die Gemeinschaft zur Neudefinition ihres Selbstverständnisses zwingen.
17.03.2014	Senatsmarschall Bogdan Borusewicz und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Grzegorz Schetyna, sowie weitere Mitglieder des Senats und des Sejm fahren nach Kiew (Ukraine) zu einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern des ukrainischen und des litauischen Parlaments. Vorgesehen sind Gespräche mit Interimsministerpräsident Arsenij Jazenjuk, Übergangspräsident Alexander Turtschinow, den Fraktionsführern und den ehemaligen Vorsitzenden des Parlaments (Werchowna Rada) der Ukraine. Die trilateralen Parlamentssitzungen finden jährlich seit 2008 statt. Aus Solidarität mit der Ukraine findet die Sitzung nicht wie vorgesehen in Litauen statt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2014 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen